

Beschluss

Friedensprozess in Syrien unterstützen

In Syrien tobt seit über zwei Jahren ein entsetzlicher Bürgerkrieg. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind dem Konflikt bisher über 100.000 Menschen zum Opfer gefallen. Ein Viertel der Bevölkerung befindet sich mittlerweile auf der Flucht. Über zwei Millionen Menschen haben sich in die Nachbarländer geflüchtet. Die humanitäre Lage der Flüchtlinge ist katastrophal. Darauf haben kürzlich auch noch einmal *Ärzte ohne Grenzen* eindringlich hingewiesen. Hilfsorganisationen erhalten nur schwer Zugang in die umkämpften Gebiete. Große Teile Syriens sind inzwischen völlig zerstört und die Lage in den Flüchtlingscamps ist angespannt.

Ausgangspunkt dieser grausamen Entwicklung waren die Proteste im Frühjahr 2011, gegen die das Assad-Regime mit brutaler Härte vorging. Die zunächst überwiegend friedlichen Proteste schlugen danach in gewaltsame Auseinandersetzungen um. Das Assad-Regime trägt die Verantwortung für diese Eskalation der Krise in Syrien, da es von Anfang an, allein auf die gewaltsame Niederschlagung des anfangs friedlichen Aufstandes setzte. Der innersyrische Bürgerkrieg tobt seitdem mit voller Wucht. Neben dem Vorgehen der syrischen Armee befeuert auch der Zustrom nicht-syrischer KämpferInnen und Milizen den Konflikt. Dabei machten sich sowohl Teile der syrischen Armee und verbündete Milizen als auch Teile der oppositionellen Rebellengruppen schwerer Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen schuldig.

Es gelingt seitdem nicht, eine Deeskalation zu erreichen und eine politische Lösung voranzubringen. Der 6-Punkte-Plan von VN-Vermittler Annan und die VN-Vereinbarung von Genf am 30. 6. 2012 (Genf-1) wurden weithin ignoriert. Stattdessen wurde die Gewaltspirale durch Waffenlieferungen sowohl an das Assad-Regime als auch an die Rebellen weiter angetrieben. Viele AkteurInnen außerhalb Syriens schienen sehr lange auf eine militärische Lösung des Konflikts zu setzen und verbauten dadurch einen diplomatischen Weg aus dem Konflikt. Gleichzeitig war der VN-Sicherheitsrat blockiert.

Am 21. August 2013 erreichte der syrische Bürgerkrieg mit dem Chemiewaffenangriff in mehreren Vororten von Damaskus einen neuen schockierenden Höhepunkt. Bei dem Angriff starben verschiedenen Berichten zufolge hunderte oder sogar über 1400 Menschen. VN-ChemiewaffeninspekturInnen konnten später den Einsatz des Giftgases Sarin eindeutig nachweisen. Dieser Angriff ist ein grauenvolles Kriegsverbrechen.

Die Durchführung des Einsatzes und die technischen Umstände bieten für viele starke Indizien für eine Täterschaft des Assad-Regimes. Auch Human Rights Watch geht in einem Bericht davon aus, dass der Angriff durch die syrische Armee erfolgte. Darüber hinaus bleiben jedoch viele Details über den Tathergang unklar.

Die US-Regierung drohte nach dem 21. August mit einem Militärschlag ohne VN-Mandat. Die Bundesregierung fand in dieser Zeit keine klare außenpolitische Linie in der Syrien-Frage und keine Haltung zu einem völkerrechtswidrigen Einsatz ohne VN-Mandat.

Inzwischen forderten Russland und die USA das Assad-Regime auf, alle Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen und zu vernichten. Schließlich beschloss am 27. September der VN-Sicherheitsrat in einer Resolution die Vernichtung des gesamten syrischen Chemiewaffenarsenals und verlangte von allen Bürgerkriegsparteien eine Absage an Chemiewaffen. Syrien zeigte sich kooperationsbereit, kündigte an mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten zu wollen und stellte einen Antrag auf Beitritt zur Chemiewaffenkonvention. Den Ankündigungen müssen nun Taten folgen. Syrien darf keinen Zweifel daran lassen, dass es ernsthaft daran interessiert ist, mit der internationalen Gemeinschaft zu kooperieren und sein eignes Arsenal an chemischen Kampfstoffen vernichten zu lassen. Alle Bürgerkriegsparteien müssen die Arbeit der VN- / OVCW-InspekturInnen uneingeschränkt unterstützen.

Um die Resolution vollständig umsetzen zu können, ist ein Waffenstillstand wichtig. Die Vernichtung der Chemiewaffen ist unter Bürgerkriegsbedingungen schwer möglich und sehr gefährlich. Die Resolution ist aber auch ein überfälliger Schritt, der die Blockade des VN-Sicherheitsrats beim Syrienkonflikt erstmals überwindet. So könnte er eine überfällige Dynamik einleiten, die in einen substantiellen Friedensprozess mündet. Dazu müssen nun alle Bürgerkriegsparteien und alle auswärtigen AkteurInnen, inklusive Russland, USA, Iran, Saudi-Arabien, Katar, Türkei und EU an einen Tisch kommen. Allen Bürgerkriegsparteien muss klar sein, dass es eine militärische Lösung des Konflikts nicht geben kann. Ziel muss es sein, die Bemühungen in eine internationale Friedenskonferenz münden zu lassen und wie im Genf-1-Abkommen vorgesehen eine Übergangsregierung unter Beteiligung aller Konfliktparteien zu installieren.

Deutschland muss den nun anstehenden politischen Prozess mit allen Kräften unterstützen. Die kürzlich bekannt gewordenen deutschen Lieferungen von Chemikalien an das syrische Regime zwischen 2002 und April 2011 sind schockierend. Die Genehmigung der Lieferungen erfolgte auch während der rot-grünen Regierungszeit. Hier hat das deutsche Rüstungsexportkontrollsystem, im Besonderen das deutsche und europäische Dual-Use-Regime, kläglich versagt. Die Umstände, die zur Lieferung der Chemikalien geführt haben, müssen restlos aufgeklärt werden. Es muss zukünftig sichergestellt werden, dass es keine Lieferungen von Chemikalien, die zur Produktion von Giftgas eingesetzt werden können, an Länder mehr gibt, welche die VN-Chemiewaffenkonvention nicht ratifiziert haben.

Der Konflikt in Syrien ist stark von der Einwirkung externer, insbesondere auch regionaler AkteurInnen geprägt und wird nur bei ihrer Einbeziehung dauerhaft lösbar sein. Vorsichtig optimistisch können in diesem Zusammenhang jüngste Fortschritte im Verhältnis zwischen dem Iran und den USA gewertet werden. Die Zerstörung aller Chemiewaffen in Syrien sollte als Anlass dienen, die Bemühungen um eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren Osten zu verstärken.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen auf schärfste den Chemiewaffenangriff am 21. August in der Nähe von Damaskus. Die TäterInnen müssen in einem rechtsstaatlichen Verfahren zur Rechenschaft gezogen werden. Der Einsatz von Chemiewaffen darf nicht ungestraft bleiben. Zur vollständigen Aufklärung sollte der VN-Sicherheitsrat den internationalen Strafgerichtshof beauftragen, Ermittlungen aufzunehmen. Alle Staaten, die Erkenntnisse über den Chemiewaffenangriff besitzen, sollen diese an die VN übermitteln und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen und unterstützen die Resolution des VN-Sicherheitsrates zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen. Die Vereinten Nationen haben dadurch Handlungsfähigkeit zurückerlangt. Alle relevanten AkteurInnen sollten die Gelegenheit nutzen, um nun den Weg für einen Waffenstillstand und zu einer internationalen Friedenskonferenz (Genf II) zu ebnen.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die Bereitschaft der Bundesregierung, bei der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen zu helfen. Deutschland besitzt Expertise und technisches Know-How bei der Erfassung und Vernichtung von chemischen Kampfstoffen. Wir erwarten daher von Deutschland einen besonderen Einsatz bei der technischen und finanziellen Unterstützung der Vereinten Nationen.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung auf, die Umstände, die zur Lieferung der Chemikalien geführt haben, restlos aufzuklären. Die Lieferung von Chemikalien, die zur Herstellung von Giftgas genutzt werden könnten, muss zukünftig an solche Länder ausgeschlossen sein, die die Chemiewaffenkonvention nicht ratifiziert haben. Darüber hinaus muss die Bundesrepublik aktiv dazu beitragen, dass die Chemiewaffenkonvention umfassend und weltweit umgesetzt wird. Dazu gehört auch, Personen strafrechtlich zu belangen, die die Konvention durch Lieferung von Chemiewaffen-Komponenten unterlaufen.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung und die anderen Staaten der Europäischen Union auf, deutlich mehr Flüchtlinge aus Syrien in Deutschland aufzunehmen. Bisher will Deutschland lediglich 5.000 Flüchtlinge einreisen lassen. Das entspricht der Anzahl an Flüchtlingen, die laut UNHCR täglich aus Syrien fliehen müssen. Deutschland ist in der Lage, mehr Verantwortung zu übernehmen und sollte daher die Kontingente erheblich anheben. Zudem fordern wir Bundesregierung und Landesregierungen auf, die Anordnungen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und den Anrainerstaaten auf Menschen auszudehnen, die nicht die syrische Staatsangehörigkeit haben, aber in Syrien leben. Dies betrifft insbesondere PalästinenserInnen, Teile der kurdischen Bevölkerung und irakische Flüchtlinge. Alle diese Maßnahmen sollte die Bundesregierung soweit wie möglich mit ihren EU-PartnerInnen abstimmen, um die humanitäre Katastrophe zu lindern.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die sich abzeichnenden Möglichkeiten zu Gesprächen zwischen den USA und dem Iran sowie zwischen Israel und Palästina und fordern die Bundesregierung auf, sich mit großem Nachdruck für die Einberufung der im Abschlussdokument der NVV-Überprüfungs-Konferenz von 2010 anvisierten Konferenz zur Schaffung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Mittleren Osten einzusetzen.